

Palantir und die deutsche Polizei

Die Debatte um Big-Data-Analyse, digitale Souveränität und Grundrechte

Richard Heise

Die Frage, ob deutsche Polizeibehörden die Analyse-Software des US-Konzerns Palantir einsetzen sollen, hat sich zu einer der konfliktreichsten innenpolitischen Debatten des Jahres 2025/26 entwickelt. Was als technische Beschaffungsfrage begann, ist mittlerweile zu einem Grundsatzstreit über Datenschutz, digitale Souveränität und das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit angewachsen, der Bundesregierung, Landesregierungen, Verfassungsgericht, Polizeigewerkschaften und Zivilgesellschaft gleichermaßen beschäftigt.

Im Zentrum der Auseinandersetzung stehen fundamentale Fragen: Wie weit darf der Staat bei der automatisierten Analyse polizeilicher Daten gehen? Welche Rolle spielt es, dass hinter dem Softwarekonzern mit Peter Thiel einer der wichtigsten Unterstützer Donald Trumps steht? Und wer trägt die Verantwortung dafür, dass die Polizei mit den technischen Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts arbeiten kann – ohne dabei Grundrechte zu verletzen?

Während Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) die Palantir-Software für Bundespolizei und BKA prüfte, erteilte Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD) im Januar 2026 dem Vorhaben eine Absage. In den Bundesländern Hessen, Bayern, Nordrhein-Westfalen und seit November 2025 auch Baden-Württemberg ist die Software bereits im Einsatz oder vorbereitet. Die Bundeswehr verzichtet dagegen ausdrücklich auf Palantir. Andere Bundesländer wie Niedersachsen und Hamburg lehnen die Software ebenfalls ab.

Auffällig ist, wie breit die Front der Kontroverse verläuft: Während Polizeigewerkschaften den operativen Nutzen preisen, warnen Datenschutzbeauftragte, der Chaos Computer Club und die Gesellschaft für Freiheitsrechte vor einem Einstieg in



Richard Heise, M.A.

Doktorand am Institut für Didaktik der Demokratie,
Leibniz Universität Hannover